

**Art. 16.** In hetzelfde decreet van 16 december 1991 wordt een artikel 12bis ingevoegd luidend als volgt :

« Art. 12bis. Op advies van het Instituut bepaalt de Regering

1° de duur van de voortgezette opleiding en

2° de voorwaarden m.b.t. de erkenning van de opleiding. »

HOOFDSTUK IV. — *Inwerkingtreding*

**Art. 17.** De artikelen 6, 7, 8 en 9 hebben uitwerking op 1 september 2000.

De artikelen 1, 3, 4, 10 en 11 treden in werking op 1 september 2001.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, op 25 juni 2001.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,

K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,

B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,

H. NIESSEN

—  
Nota's

(1) *Zitting 2000-2001* :

*Bescheiden van de Raad* : 69 (2000-2001), nr. 1. Ontwerp van decreet.

69 (2000-2001), nr. 2. Voorontwerp en advies van de Raad van State.

69 (2000-2001), nr. 3. Amendementsvoorstel.

69 (2000-2001), nr. 4. Verslag.

*Integraal verslag*. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 25 juni 2001.

D. 2001 — 2733

[C – 2001/33069]

**25. JUNI 2001 — Dekret über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern  
und über die Anpassung des Besoldungsstatuts (1)**

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I — *Überstunden und Nebenamt*

**Artikel 1** - Vorliegendes Kapitel findet Anwendung auf die Personalmitglieder der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals, die ganz oder teilweise ein Anwerbungsamt als Hauptamt im Vollzeitsekundarschulwesen, Teilzeitsekundarschulwesen oder in der schulischen Weiterbildung ausüben.

**Art. 2** - § 1 - Besteht ein Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern, kann ein Schulträger oder der Schulleiter bzw. der Direktor:

1. einem Personalmitglied Überstunden im Sinne des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über die Gewährung einer Zulage bei Überstunden für bestimmte Personalmitglieder des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens geben;

2. ein Personalmitglied im Nebenamt im Sinne von Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe a des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens sowie im Sinne von Artikel 2 § 2 Absatz 1 Buchstabe a des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, beschäftigen.

Das Einverständnis des Personalmitglieds ist Voraussetzung.

§ 2 - Der Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern wird in Anwendung von Artikel 10 § 6 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, nachgewiesen.

**Art. 3** - § 1 - Ein Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 2 Überstunden leistet, erhält in Abweichung von den bestehenden besoldungsrechtlichen Bestimmungen eine Zulage für diese Überstunden. Bei der Berechnung der Zulage geht man davon aus, dass diese Überstunden im Sinne von Artikel 5 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens hauptamtlich geleistet worden sind.

§ 2 - Das Personalmitglied erhält die Zulage ab dem Tag, an dem es die in § 1 Absatz 1 angeführten Überstunden tatsächlich leistet.

Es behält die Zulage während des Entspannungsurlaubs sowie während der Weihnachts- und Osterferien, falls der Urlaub oder die Ferien sich innerhalb des Zeitraums befinden, in dem es die Überstunden leistet.

Die Zulage für Überstunden wird im Falle der Unterbrechung des Auftrags weiter gewährt, falls die Dauer der Unterbrechung nicht mehr als 14 Tage beträgt. Die in Absatz 2 angeführten Urlaube und Ferien werden nicht als Unterbrechung berücksichtigt.

§ 3 - Die Auszahlung der Zulage erfolgt monatlich zusammen mit der des Gehalts oder der Gehaltssubvention am Monatsende.

**Art. 4** - Ein Personalmitglied, das in Anwendung von Artikel 2 in einem Nebenamt beschäftigt ist, erhält in Abweichung von den bestehenden besoldungsrechtlichen Bestimmungen für die nebenamtlich geleisteten Stunden ein Gehalt oder eine Gehaltssubvention gemäß den Bestimmungen von Artikel 3.

#### KAPITEL II — *Vorübergehender Rückruf von bestimmten Personalmitgliedern*

**Art. 5** - Vorliegendes Kapitel gilt für Anwerbungsämter der Kategorie des Direktions- und Lehrpersonals im Grundschulwesen, im Vollzeitsekundarschulwesen, im Teilzeitsekundarschulwesen und in der schulischen Weiterbildung.

**Art. 6** - § 1 - Falls ein Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern besteht, kann ein Schulträger oder der Schulleiter bzw. Direktor vorübergehend auf ein Personalmitglied zurückgreifen, das:

1. sich in Urlaub wegen reduzierter Dienstleistungen aus sozialen oder familienbedingten Gründen, in Urlaub wegen reduzierter Dienstleistungen aus persönlichen Gründen oder in Urlaub wegen verkürzter Arbeitszeit für Personalmitglieder, die das Alter von 50 Jahren erreicht haben oder für Personalmitglieder, die zwei Kinder haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, befindet;

2. aus persönlichen Gründen zur Disposition steht;

3. aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand ganz oder teilweise zur Disposition steht;

4. sich im Ruhestand befindet und zu Beginn des Schuljahres, in dem es zurückkehrt, noch keine 65 Jahre alt ist.

In allen Fällen ist das Einverständnis des Personalmitglieds Voraussetzung. Dieses Einverständnis wird frühestens zu dem Zeitpunkt schriftlich festgehalten, an dem der in Absatz 1 angeführte Mangel festgestellt wird.

§ 2 - Der Mangel an qualifizierten Personalmitgliedern wird in Anwendung von Artikel 10 § 6 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder Teilzeitunterrichts Anwendung finden, nachgewiesen.

**Art. 7** - § 1 - Die in Artikel 6 § 1 Absatz 1 Nrn. 1 und 2 angeführten Urlaube oder die Zurdispositionstellung werden im Falle eines Rückrufs ganz oder teilweise ausgesetzt.

Während der Aussetzung nimmt das Personalmitglied ganz oder teilweise seine Stelle oder eine andere Stelle ein. In Abweichung von den bestehenden Bestimmungen endet der Auftrag des zeitweilig bezeichneten oder eingestellten Personalmitgliedes nicht, wenn das Personalmitglied erneut seine Stelle einnimmt.

§ 2 - Während der Aussetzung des Urlaubs gelten weder die Höchstgrenze der Arbeitszeit noch das Verbot hinsichtlich der Ausübung einer gewinnbringenden Tätigkeit, festgelegt jeweils

- in Artikel 2 Nrn. 3 und 4 des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 23. August 1989 bezüglich des Urlaubs wegen reduzierter Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern des subventionierten Unterrichtswesens und der subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, die das 50. Lebensjahr erreicht oder aber mindestens zwei Kinder zu Lasten haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, und bezüglich der Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Alterspension,

- im Königlichen Erlass vom 4. September 1989 betreffend den Urlaub wegen reduzierter Dienstleistungen, der den Personalmitgliedern im staatlichen Unterrichtswesen und in den staatlichen Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren gewährt wird, wenn sie das Alter von fünfzig Jahren erreicht haben oder mindestens zwei Kinder haben, die nicht älter als 14 Jahre sind, und betreffend die Zurdispositionstellung aus persönlichen Gründen vor der Versetzung in den Ruhestand,

- in Artikel 23 des Königlichen Erlasses vom 15. Januar 1974 in Anwendung von Artikel 160 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungspersonals, des paramedizinischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Sonder-, Mittel-, technischen Kunst- und Normalunterrichts, des Personals der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate und des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes.

Erfolgt eine vollständige Aussetzung des Urlaubs oder der Zurdispositionstellung, wird die Zeitspanne der Aussetzung bei der Berechnung der Höchstdauer des Urlaubs oder der Zurdispositionstellung nicht berücksichtigt.

§ 3 - Das Personalmitglied, das vorübergehend zurückkehrt, erhält das Gehalt oder die Gehaltssubvention, das oder die ihm gemäß dem Königlichen Erlass vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens zusteht sowie gegebenenfalls eine Zulage in Anwendung des Dekretes vom 17. Juni 1991 zur Gewährung einer Zulage an das Personal im Unterrichtswesen, das vorübergehend ein anderes Amt bekleidet als das, wofür es definitiv ernannt ist.

**Art. 8** - Die in Artikel 6 § 1 Absatz 1 Nrn. 3 und 4 angeführten Personalmitglieder erhalten in Abweichung von den gültigen besoldungsrechtlichen Bestimmungen eine Zulage gemäß Artikel 3 für die Stunden, für die sie zurückgerufen worden sind.

In Übereinstimmung mit dem Gesetz vom 5. April 1994 zur Regelung der Häufung der Pensionen des öffentlichen Dienstes mit Einkommen aus einer Berufstätigkeit oder mit Ersatzeinkommen darf der Betrag der Zulage für die in Artikel 6 Nr. 3 angeführten Personalmitglieder nicht die Grenzen übersteigen, die für die Empfänger einer Ruhestandspension des öffentlichen Dienstes festgelegt sind.

#### KAPITEL III — *Anpassung des Besoldungsstatuts*

**Art. 9** - Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben *b*, *c* und *e* sowie Absatz 3 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, abgeändert durch das Gesetz vom 27. Februar 1986 bzw. den Erlass der Regierung vom 21. Dezember 2000 über den politischen Urlaub für Personalmitglieder im Unterrichtswesen und zur Anpassung des Besoldungsstatuts, werden aufgehoben.

**Art. 10** - Artikel 5*bis* desselben Königlichen Erlasses vom 15. April 1958, eingefügt durch das Gesetz vom 8. Februar 1974 und abgeändert durch das Gesetz vom 27. Februar 1986, wird aufgehoben.

**Art. 11** - Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe b desselben Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

b) bis zum Schuljahr 2000-2001 einschließlich als Inhaber eines oder mehrerer Ämter, die man gleichzeitig mit einer oder mehreren Berufstätigkeiten ausgeübt hat, falls diese Berufstätigkeiten mindestens 60 % der wöchentlichen Leistungen einer Person ausmachen, die ausschließlich diese Berufstätigkeiten ausübt; diese bis zum Schuljahr 2000-2001 geleisteten Dienste werden jedoch ab dem Schuljahr 2001-2002 berücksichtigt».

Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe c zweiter Spiegelstrich desselben Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«- bis zum Schuljahr 2000-2001 einschließlich als Inhaber eines Amtes, dessen Bruttobesoldung, die er erhalten hätte, wenn er sein Amt als Vollzeitbeschäftigung ausgeübt hätte, allerdings berechnet auf der Grundlage des in der Gehaltstabelle vorgesehenen Mindestgehalts, dem Gehalt entspricht oder aber niedriger ist als dasjenige, das dasselbe Personalmitglied für jede andere Beschäftigung und/oder als Rente zu Lasten der öffentlichen Staatskasse bezog; diese bis zum Schuljahr 2000-2001 geleisteten Dienste werden jedoch ab dem Schuljahr 2001-2002 berücksichtigt».

**Art. 12** - Artikel 2 § 2 Absatz 1 Buchstaben b, c und d sowie Absatz 2 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts, der schulischen Weiterbildung oder des Teilzeitunterrichts Anwendung finden, werden aufgehoben.

Artikel 2 § 3 desselben Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 wird aufgehoben.

**Art. 13** - Der Königliche Erlass vom 12. Oktober 1976 über die Zusammensetzung und die Funktionsweise der in Anwendung von Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Februar 1974 geschaffenen Kommission wird aufgehoben.

#### KAPITEL IV — Übergangs-, Abänderungs-, Aufhebungs- und Schlussbestimmungen

**Art. 14** - Die in Anwendung von Artikel 5*bis* des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens geschaffene Kommission behält ihre Gutachterfunktion für die Zeitspanne, die dem 1. September 2001 vorausgeht.

**Art. 15** - In Artikel 10 § 6 des Königlichen Erlasses Nr. 63 vom 20. Juli 1982 zur Abänderung der Bestimmungen der Besoldungsstatute, die auf das Unterrichtspersonal und das ihm gleichgestellte Personal des Vollzeitunterrichts und des Weiterbildungs- oder des Teilzeitunterrichts Anwendung finden, werden die Absätze 2, 3 und 4 durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Unter einem qualifizierten Personalmitglied versteht man ein Personalmitglied, das alle Bedingungen erfüllt, um zeitweilig bezeichnet oder eingestellt zu werden, mit Ausnahme der Bedingung, seine Kandidatur bzw. seine Bewerbung eingereicht zu haben.

Das Gehalt oder die Gehaltssubvention, angeführt in Absatz 1, werden nur gewährt, wenn der Träger zuvor ein Stellenangebot in einer Zeitung aufgegeben hat, er schriftlich das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft darüber unterrichtet hat, dass eine Stelle zu besetzen ist, und er dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft daraufhin mitteilt, dass kein qualifiziertes Personalmitglied gefunden wurde, das diese Stelle hauptamtlich besetzen kann.

Erfolgt eine Änderung des Auftrags des Personalmitglieds, gelten erneut die in den vorhergehenden Absätzen vorgesehenen Bedingungen und Verfahrensschritte.»

**Art. 16** - Artikel 77 des Gesetzes vom 24. Dezember 1976 über Haushaltsvorschläge für 1976-1977 wird aufgehoben.

**Art. 17** - Der Königliche Erlass vom 15. Dezember 1978 zur Ausführung von Artikel 77 § 5 Absatz 2 des Gesetzes vom 24. Dezember 1976 über Haushaltsvorschläge für 1976-1977 wird aufgehoben.

**Art. 18** - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2001 in Kraft mit Ausnahme von Artikel 15, der am 1. Juli 2001 in Kraft tritt.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das Belgische Staatsblatt veröffentlicht wird.

Gegeben zu Eupen, den 25. Juni 2001.

Der Ministerpräsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht und Ausbildung, Kultur und Tourismus,  
B. GENTGES

Der Minister für Jugend und Familie, Denkmalschutz, Gesundheit und Soziales,  
H. NIESEN

—  
Fußnoten

(1) *Sitzungsperiode 2000-2001:*

*Dokumente des Rates:* 65 (2000-2001) Nr. 1 Dekretvorschlag.

65 (2000-2001) Nr. 2 Abänderungsvorschläge.

65 (2000-2001) Nr. 3 Bericht.

*Ausführlicher Bericht:* Diskussion und Abstimmung - Sitzung vom 25. Juni 2001.

## TRADUCTION

F. 2001 — 2733

[C — 2001/33069]

**25 JUIN 2001. — Décret contentant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire (1)**

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

**CHAPITRE I<sup>er</sup>. — Heures supplémentaires et fonction accessoire**

**Article 1<sup>er</sup>.** Le présent chapitre s'applique aux membres du personnel de la catégorie du personnel directeur et enseignant qui exercent tout ou partie d'une fonction de recrutement à titre principal dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée.

**Art. 2. § 1<sup>er</sup>.** S'il existe un manque en personnel qualifié, un pouvoir organisateur ou le chef d'établissement voire le directeur peut :

1° donner à un membre du personnel des heures supplémentaires au sens de l'arrêté royal du 15 avril 1958 accordant une allocation pour surcroît de travail à certains membres du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique;

2° occuper un membre du personnel dans une fonction accessoire au sens de l'article 5, alinéa 1<sup>er</sup>, a) de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, ainsi qu'au sens de l'article 2, § 2, alinéa 1<sup>er</sup>, a), de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit.

L'accord du membre du personnel est une condition sine qua non.

§ 2. Le manque de personnel qualifié est prouvé en application de l'article 10, § 6, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit.

**Art. 3. § 1<sup>er</sup>.** - Par dérogation aux dispositions existantes du statut pécuniaire, un membre du personnel qui preste des heures supplémentaires en application de l'article 2 perçoit une allocation pour ces heures supplémentaires. Pour calculer l'allocation, l'on part du principe que ces heures supplémentaires ont été prestées à titre principal au sens de l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique.

§ 2. Le membre du personnel perçoit une allocation à partir du jour où il preste effectivement les heures supplémentaires visées au § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>.

Il conserve l'allocation pendant les congés de détente ainsi que pendant les vacances de Noël et de Pâques si ce congé ou ces vacances se situent dans la période où il preste les heures supplémentaires.

L'allocation pour heures supplémentaires reste octroyée en cas d'interruption de la mission si la durée de l'interruption ne dépasse pas 14 jours. Les congés et vacances dont question au deuxième alinéa ne sont pas considérés comme interruptions.

§ 3. L'allocation est liquidée mensuellement, en fin de mois, avec le traitement ou la subvention-traitement.

**Art. 4.** Par dérogation aux dispositions existantes du statut pécuniaire, un membre du personnel qui est occupé dans une fonction accessoire en application de l'article 2 perçoit, pour les heures prestées à titre accessoire, un traitement ou une subvention-traitement conformément aux dispositions de l'article 3.

**CHAPITRE II. — Rappel temporaire de certains membres du personnel**

**Art. 5.** Le présent chapitre s'applique aux fonctions de recrutement de la catégorie du personnel directeur et enseignant dans l'enseignement fondamental, dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée.

**Art. 6. § 1<sup>er</sup>.** S'il existe un manque en personnel qualifié, un pouvoir organisateur ou le chef d'établissement voire le directeur peut rappeler un membre du personnel qui :

1° se trouve en congé pour prestations réduites justifiées par des raisons sociales ou familiales, en congé pour prestations réduites pour convenance personnelle ou en congé pour prestations réduites accordé aux membres du personnel qui ont atteint l'âge de 50 ans ou aux membres du personnel qui ont deux enfants de moins de 14 ans;

2° se trouve en disponibilité pour convenance personnelle;

3° se trouve en tout ou partie en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite;

4° est retraité mais n'a pas encore atteint l'âge de 65 ans au début de l'année scolaire où il est rappelé.

Dans tous les cas, l'accord du membre du personnel est une condition sine qua non. Cet accord est consigné par écrit au plus tôt au moment où le manque visé à l'alinéa 1 est constaté.

§ 2. Le manque de personnel qualifié est prouvé en application de l'article 10, § 6, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit.

**Art. 7. § 1<sup>er</sup>.** En cas de rappel, les congés ou mises en disponibilité dont question à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 1° et 2°, sont en tout ou partie suspendus.

Pendant la suspension, le membre du personnel occupe, en tout ou partie, son emploi ou un autre. Par dérogation aux dispositions existantes, la mission du membre du personnel désigné ou engagé à titre temporaire ne prend pas fin lorsque le membre du personnel réintègre sa place.

Pendant la suspension du congé ne s'appliquent ni la limite du temps de travail ni l'interdiction d'exercer une activité lucrative fixées respectivement par :

- l'article 2, 3<sup>e</sup> et 4<sup>e</sup>, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 23 août 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement subventionné et des centres psycho-médico-sociaux subventionnés qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants à charge qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenances personnelles précédant la pension de retraite;

- l'arrêté royal du 4 septembre 1989 relatif aux congés pour prestations réduites accordés aux membres du personnel de l'enseignement de l'État et des centres psycho-médico-sociaux de l'État qui ont atteint l'âge de cinquante ans ou qui ont au moins deux enfants qui n'ont pas dépassé l'âge de quatorze ans et relatif à la mise en disponibilité pour convenance personnelle précédant la mise à la retraite;

- l'article 23 de l'arrêté royal du 15 janvier 1974 en application de l'article 160 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécial, moyen, technique, artistique et normal de l'État, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements.

S'il y a suspension totale du congé ou de la mise en disponibilité, la période de suspension n'est pas prise en compte pour calculer la durée maximale du congé ou de la mise en disponibilité.

§ 3. Le membre du personnel rappelé temporairement perçoit le traitement ou la subvention-traitement auquel (à laquelle) il a droit conformément à l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique ainsi que, le cas échéant, à une allocation en application du décret du décret du 17 juin 1991 portant octroi d'une allocation aux membres du personnel enseignant qui exercent provisoirement une autre fonction que celle à laquelle ils sont nommés à titre définitif.

**Art. 8.** Par dérogation aux dispositions existantes du statut pécuniaire, les membres du personnel dont question à l'article 6, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, 3<sup>e</sup> et 4<sup>e</sup>, perçoivent une allocation conformément à l'article 3 pour les heures pour lesquelles ils sont rappelés.

Conformément à la loi du 5 avril 1994 réglant le cumul des pensions du secteur public avec des revenus provenant d'une activité professionnelle ou avec un revenu de remplacement, le montant de l'allocation pour les membres du personnel dont question à l'article 6, 3<sup>e</sup>, ne peut dépasser les limites fixées pour les bénéficiaires d'une pension de retraite du secteur public.

#### CHAPITRE III. — *Adaptation du statut pécuniaire*

**Art. 9.** A l'article 5 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, modifiés respectivement par la loi du 27 février 1986 et par l'arrêté du Gouvernement du 21 décembre 2000 relatif au congé politique pour les membres du personnel dans l'enseignement et portant adaptation du statut pécuniaire, l'alinéa 1<sup>er</sup>, b), c), et e) ainsi que l'alinéa 3 sont abrogés.

**Art. 10.** L'article 5, *bis* du même arrêté royal du 15 avril 1958, inséré par la loi du 8 février 1974 et modifié par la loi du 27 février 1986, est abrogé.

**Art. 11.** L'article 18, alinéa 1, b), du même arrêté royal du 15 avril 1958 est remplacé par la disposition suivante :

« b) jusqu'à l'année scolaire 2000-2001 incluse, comme titulaire d'une ou de plusieurs fonctions exercée(s) simultanément avec une ou plusieurs activités professionnelles, lorsque ces activités professionnelles représentent au moins 60 % des prestations hebdomadaires d'une personne qui exerce exclusivement ces activités professionnelles; ces services prestés jusqu'à l'année scolaire 2000-2001 sont toutefois pris en compte à partir de l'année scolaire 2001-2002; ».

L'article 18, alinéa 1, c), deuxième tiret, du même arrêté royal du 15 avril 1958 est remplacé par la disposition suivante :

« - jusqu'à l'année scolaire 2000-2001 incluse, comme titulaire d'une fonction dont la rémunération brute qu'il aurait obtenue en exerçant sa fonction à temps plein, calculée toutefois sur la base du traitement minimal prévu dans l'échelle de traitement, est égale ou inférieure au traitement dont il bénéficiait du chef de toute autre occupation et/ou du chef de la jouissance d'une pension à charge du Trésor public; ces services prestés jusqu'à l'année scolaire 2000-2001 sont toutefois pris en compte à partir de l'année scolaire 2001-2002; ».

**Art. 12.** A l'article 2, § 2, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit, l'alinéa 1, b), c) et d) ainsi que l'alinéa 2 sont abrogés.

L'article 2, § 3, du même arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 est abrogé.

**Art. 13.** L'arrêté royal du 12 octobre 1976 fixant la composition et le fonctionnement de la commission créée par l'article 2 de la loi du 8 février 1974 est abrogé.

#### CHAPITRE IV. — *Dispositions transitoires, modificatives, abrogatoires et finales*

**Art. 14.** La commission créée en application de l'article 5*bis* de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique conserve sa fonction consultative pour la période précédant le 1<sup>er</sup> septembre 2001.

**Art. 15.** A l'article 10, § 6, de l'arrêté royal n° 63 du 20 juillet 1982 modifiant les dispositions des statuts pécuniaires applicables au personnel enseignant et assimilé de l'enseignement de plein exercice et de l'enseignement de promotion sociale ou à horaire réduit, les alinéas 2, 3 et 4 sont remplacés par la disposition suivante :

« Par membre du personnel qualifié, l'on entend tout membre du personnel qui remplit toutes les conditions pour être désigné ou engagé à titre temporaire, à l'exception de la condition d'avoir introduit sa candidature.

Le traitement ou la subvention-traitement dont question au premier alinéa ne sont octroyés que lorsque le pouvoir organisateur a préalablement inséré une offre d'emploi dans un journal, a informé par écrit l'Office de l'Emploi de la Communauté germanophone qu'un emploi est à pourvoir et communique ensuite au Ministère de la Communauté germanophone qu'il n'a pu trouver aucun membre du personnel qualifié pouvant occuper l'emploi à titre principal.

Si une modification intervient dans la mission confiée au membre du personnel, les conditions et démarches prévues dans les alinéas précédents sont à nouveau valables. »

**Art. 16.** L'article 77 de la loi du 24 décembre 1976 relative aux propositions budgétaires 1976-1977 est abrogé.

**Art. 17.** L'arrêté royal du 15 décembre 1978 portant exécution de l'article 77, § 5, alinéa 2, de la loi du 24 décembre 1976 relative aux propositions budgétaires 1976-1977 est abrogé.

**Art. 18.** Le présent décret entre en vigueur le 1<sup>er</sup> septembre 2001, sauf l'article 15, qui entre en vigueur le 1<sup>er</sup> juillet 2001.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur Belge*.

Eupen, le 25 juin 2001.

Le Ministre-Président du Gouvernement de la Communauté germanophone,  
Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,  
K.-H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement et de la Formation, de la Culture et du Tourisme,  
B. GENTGES

Le Ministre de la Jeunesse et de la Famille,  
de la Protection des Monuments, de la Santé et des Affaires sociales,  
H. NIESEN

Notes

(1) *Session 2000-2001* :

*Documents du Conseil* : 65 (2000-2001), n° 1 Proposition de décret.

65 (2000-2001), n° 2 Proposition d'amendement.

65 (2000-2001), n° 3 Rapport.

*Compte rendu intégral*. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 2001.

VERTALING

N. 2001 — 2733

[C — 2001/33069]

**25 JUNI 2001. — Decreet over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling (1)**

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — *Overuren en bijbetrekking*

**Artikel 1.** Dit hoofdstuk is van toepassing op de personeelsleden van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel die, geheel of gedeeltelijk, een wervingsambt als hoofdamt uitoefenen in het secundair onderwijs met volledig leerplan, in het secundair onderwijs met beperkt leerplan of in de voortgezette schoolopleiding.

**Art. 2.** § 1. Is er een gebrek aan gekwalificeerd personeel, dan kan een inrichtende macht of het schoolhoofd resp. de directeur :

1° aan een personeelslid overuren geven in de zin van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende toekenning van een toelage voor overwerk aan sommige leden van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs;

2° een personeelslid tewerkstellen in een bijbetrekking in de zin van artikel 5, lid 1, a), van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van openbaar Onderwijs en in de zin van artikel 2, § 2, lid 1, a), van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan.

De instemming van het personeelslid is vereist.

§ 2. Het bewijs van het gebrek aan gekwalificeerd personeel wordt geleverd met toepassing van artikel 10, § 6, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan.

**Art. 3.** § 1. In afwijking van de bestaande bepalingen van de bezoldigingsregeling wordt een toelage toegekend aan een personeelslid dat met toepassing van artikel 2 overuren verricht. Om de toelage te berekenen gaat men ervan uit dat deze overuren in een hoofdamt gepresteerd zijn zoals bedoeld in artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van openbaar Onderwijs.

§ 2. Het personeelslid krijgt een toelage vanaf de dag waarop het de in § 1, lid 1, bedoelde overuren effectief presteert.

Tijdens het ontspanningsverlof en de kerst- en paasvakantie blijft het personeelslid de toelage genieten, indien het verlof of de vakanties in de periodes vallen waar de overuren gepresteerd worden.

In geval van onderbreking van de opdracht wordt de toelage voor overuren verder toegekend, indien de onderbreking niet meer dan 14 dagen duurt. Het verlof en de vakanties vermeld in het tweede lid gelden niet als onderbrekingsperiodes.

§ 3. De toelage wordt op het einde van elke maand, samen met de wedde en de weddetoelage, uitbetaald.

**Art. 4.** In afwijking van de bestaande bepalingen van de bezoldigingsregeling krijgt een personeelslid dat met toepassing van artikel 2 in een bijbetrekking tewerkgesteld is, voor de uren gepresteerd in deze bijbetrekking, een wedde of weddetoelage overeenkomstig de bepalingen van artikel 3.

HOOFDSTUK II. — *Tijdelijke terugroeping van bepaalde personeelsleden*

**Art. 5.** Dit hoofdstuk is van toepassing op de wervingsambten van de categorie van het bestuurs- en onderwijzend personeel in het basisonderwijs, in het secundair onderwijs met volledig leerplan, in het secundair onderwijs met beperkt leerplan of in de voortgezette schoolopleiding.

**Art. 6.** § 1. Is er een gebrek aan gekwalificeerd personeel, dan kan een inrichtende macht of het schoolhoofd resp. de directeur een personeelslid tijdelijk terugroepen dat :

1° zich in verlof voor verminderde dienstprestaties gemotiveerd door sociale of gezinsredenen, in verlof voor verminderde prestaties wegens persoonlijke aangelegenheden of in verlof met verminderde prestaties toegekend aan personeelsleden die de leeftijd van 50 jaar hebben bereikt of aan personeelsleden die twee kinderen hebben die de leeftijd van 14 jaar niet hebben overschreden, bevindt;

2° ter beschikking is gesteld wegens persoonlijke aangelegenheden;

3° wegens persoonlijke aangelegenheden vóór de oppensioenstelling geheel of gedeeltelijk ter beschikking staat;

4° met pensioen is en op het begin van het schooljaar waar hij teruggeroepen wordt nog geen 65 jaar is.

In alle gevallen is de instemming van het personeelslid vereist. De instemming wordt ten vroegste op het ogenblik schriftelijk vastgelegd waar het in het eerste lid bedoeld gebrek wordt vastgesteld.

§ 2. Het bewijs van het gebrek aan gekwalificeerd personeel wordt geleverd met toepassing van artikel 10, § 6, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan.

**Art. 7.** § 1. In geval van terugroeping worden de verloven en de terbeschikkingstelling vermeld in artikel 6, § 1, lid 1, 1° en 2°, geheel of gedeeltelijk geschorst.

Tijdens de schorsing bekleedt het personeelslid geheel of gedeeltelijk zijn betrekking of een andere betrekking. In afwijking van de bestaande bepalingen komt er geen einde aan de opdracht van het tijdelijk aangewezen of aangesteld personeelslid, wanneer het personeelslid zijn betrekking weder bekleedt.

§ 2. Tijdens de schorsing van het verlof gelden noch de maximumduur van de arbeidstijd noch het verbod om een winstgevende bedrijvigheid uit te oefenen die vastgelegd zijn :

- in artikel 2, 3° en 4° van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 23 augustus 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan de leden van het personeel van het gesubsidieerde onderwijs en van de gesubsidieerde psycho-medisch-sociale centra die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die tenminste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die de oppensioenstelling voorafgaat,

- in het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan personeelsleden van het Rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat,

- in artikel 23 van het koninklijk besluit van 15 januari 1974 genomen ter uitvoering van artikel 160 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, buitengewoon, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen.

In geval van volledige schorsing van het verlof of van de terbeschikkingstelling wordt de duur van de schorsing niet in aanmerking genomen voor de berekening van de maximumduur van het verlof of van de terbeschikkingstelling.

§ 3. Het personeelslid dat tijdelijk teruggeroepen wordt, ontvangt de wedde of weddetoelage die hem toekomt overeenkomstig het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van openbaar Onderwijs alsmede, desgevallend, een toelage met toepassing van het decreet van 17 juni 1991 houdende toekenning van een toelage aan de leden van het onderwijzend personeel die voorlopig een andere functie uitoefenen dan degene waartoe ze definitief zijn benoemd.

**Art. 8.** In afwijking van de bestaande bepalingen van de bezoldigingsregeling wordt aan de personeelsleden bedoeld in artikel 6, § 1, 3° en 4°, een toelage overeenkomstig artikel 3 toegekend voor de uren waarvoor ze teruggeroepen worden.

Krachtens de wet van 5 april 1994 houdende regeling van de cumulatie van pensioenen van de openbare sector met inkomsten voortvloeiend uit de uitoefening van een beroepsactiviteit of met een vervangingsinkomen kan het bedrag van de toelage toegekend aan de in artikel 6, 3°, vermelde personeelsleden niet de grenzen overschrijden die vastgelegd zijn voor de gerechtigden op een rustpensioen van de openbare sector.

HOOFDSTUK III. — *Aanpassing van de bezoldigingsregeling*

**Art. 9.** In artikel 5 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van openbaar Onderwijs, gewijzigd bij de wet van 27 februari 1986 en bij het besluit van de Regering van 21 december 2000 betreffende het politiek verlof voor de personeelsleden in het onderwijs en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling, worden het lid 1, b), c) en e) alsmede het lid 3 opgeheven.

**Art. 10.** Artikel 5bis van hetzelfde koninklijk besluit van 15 april 1958, ingevoegd bij de wet van 8 februari 1974 en gewijzigd bij de wet van 27 februari 1986, wordt opgeheven.

**Art. 11.** Artikel 18, lid 1, *b)*, van hetzelfde koninklijk besluit van 15 april 1958 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« *b)* tot het schooljaar 2000-2001 inbegrepen als titularis van één of meerdere ambten, gelijktijdig met één of meerdere beroepsactiviteiten uitgeoefend, indien deze beroepsactiviteiten ten minste 60 % uitmaken van de wekelijkse prestaties van iemand die uitsluitend deze beroepsactiviteiten uitoefent; deze tot het schooljaar 2000-2001 gepresteerde diensten worden echter vanaf het schooljaar 2001-2002 in aanmerking genomen;”.

Artikel 18, lid 1, *c)*, tweede streep, van hetzelfde koninklijk besluit van 15 april 1958 wordt door de volgende bepaling vervangen :

« - tot het schooljaar 2000-2001 inbegrepen als titularis van een ambt waarvan de brutobezoldiging die het zou verkrijgen indien het zijn ambt voltijds uitoefende, echter berekend op het minimumloon van de weddeschaal, gelijk is aan of lager is dan het loon dat het genoot uit hoofde van elke andere bezigheid en/of wegens het genot van een pensioen ten laste van de Schatkist; deze tot het schooljaar 2000-2001 gepresteerde diensten worden echter vanaf het schooljaar 2001-2001 in aanmerking genomen”.

**Art. 12.** In artikel 2, § 2, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan worden het lid 1, *b)*, *c)* en *d)* alsmede het lid 2 opgeheven.

Artikel 2, § 3, van hetzelfde koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 wordt opgeheven.

**Art. 13.** Het koninklijk besluit van 12 oktober 1976 houdende samenstelling en de werking van de commissie opgericht bij artikel 2 van de wet van 8 februari 1974 wordt opgeheven.

#### HOOFDSTUK IV. — *Overgangs-, wijzigings-, opheffings- en slotbepalingen*

**Art. 14.** De commissie opgericht met toepassing van artikel 5*bis* van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van openbaar Onderwijs behoudt haar adviesfunctie voor de periode vóór 1 september 2001.

**Art. 15.** In artikel 10, § 6, van het koninklijk besluit nr. 63 van 20 juli 1982 houdende wijziging van de bezoldigingsregels van toepassing op het onderwijzend en daarmee gelijkgesteld personeel van het onderwijs met volledig leerplan en van het onderwijs voor sociale promotie of met beperkt leerplan worden de leden 2, 3 en 4 vervangen door de volgende bepaling :

« Onder “gekwalificeerd personeelslid” wordt elk personeelslid verstaan dat aan alle voorwaarden voldoet om tijdelijk aangewezen of aangesteld te worden, met uitzondering van de voorwaarde zijn kandidatuur ingediend te hebben.

De wedde of weddetoelage bedoeld in het eerste lid worden pas toegekend als de inrichtende macht vooraf een werkaanbieding in de krant heeft laten publiceren, de Dienst voor arbeidsbemiddeling ervan heeft verwittigd dat een betrekking te bekleden is en het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap dan ervan informeert dat zij geen gekwalificeerd personeelslid heeft kunnen vinden dat deze betrekking als hoofdamt kan uitoefenen.

Wordt er een verandering aangebracht aan de opdracht van het personeelslid, dan zijn de voorwaarden en modaliteiten bepaald in voorafgaande leden weer van toepassing. ».

**Art. 16.** Artikel 77 van de wet van 24 december 1976 betreffende de budgettaire voorstellen 1976-1977 wordt opgeheven.

**Art. 17.** Het koninklijk besluit van 15 december 1978 tot uitvoering van artikel 77, § 5, 2<sup>e</sup> lid, van de wet van 24 december 1976 betreffende de budgettaire voorstellen 1976-1977 wordt opgeheven.

**Art. 18.** Dit decreet treedt in werking op 1 september 2001, met uitzondering van artikel 15, dat op 1 juli 2001 in werking treedt.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen op 25 juni 2001.

De Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,  
K.-H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs en Vorming, Cultuur en Toerisme,  
B. GENTGES

De Minister van Jeugd en Gezin, Monumentenzorg, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,  
H. NIESSSEN

—  
Nota's

(1) *Zitting 2000-2001* :

*Bescheiden van de Raad* : 65 (2000-2001), nr. 1 Voorstel van decreet.

65 (2000-2001), nr. 2 Amendementsvoorstel.

65 (2000-2001), nr. 3 Verslag.

*Integraal verslag*. — Bespreking en aanneming. Vergadering van 25 juni 2001.